

Für die Presse

Die Verteilung von Impfstoffen weltweit solidarisch gestalten. Ohne ein weitreichendes Umdenken in der globalen Gesundheitspolitik drohen die Entwicklung des Globalen Südens und die weltweite Pandemiebekämpfung zurückgeworfen zu werden.

Berlin, 23. Juni 2021. Der Vorstand der Deutschen Kommission Justitia et Pax legt ein Diskussionspapier zur internationalen Impfgerechtigkeit vor, in dem Gerechtigkeit und Solidarität in der internationalen Verteilung von Corona-Impfstoffen gefordert werden. Dies ist zudem im Sinne der Pandemiebekämpfung auch eine Frage der politischen Klugheit, so der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ. Denn die Pandemie macht vor staatlichen Grenzen nicht halt.

Justitia et Pax unterstützt die Forderung der Weltgesundheitsorganisation, einen freien Zugang zu Technologien, Patenten und Wissen zur (Weiter-)Entwicklung und Herstellung von Medikamenten und Impfstoffen zur Bekämpfung von Covid-19 herzustellen. Eine rasche Ausweitung von Produktionskapazitäten ist notwendig. Hierzu müssen Patentrechte ausgesetzt oder rasch Lizenzen weitervergeben werden. Bereits vor der Pandemie hat die ungleiche Verteilung des globalen Wohlstands, insbesondere auch im Gesundheitsbereich, dazu geführt, dass schon seit Jahrzehnten vergleichsweise einfache und kostengünstige lebensrettende Interventionen einem großen Teil der Weltbevölkerung nicht zur Verfügung stehen. Sollte Allokationsfragen im Kontext Globaler Gesundheit nicht mehr internationale Aufmerksamkeit geschenkt werden, werden die bestehenden Ungleichheiten im Zuge der Pandemie weiter verfestigt und verstärkt werden. In diesem Sinne ruft Justitia et Pax dazu auf, die Regierungen und insbesondere auch die Bevölkerung der Länder des Globalen Südens an den Entscheidungen über diese Fragen teilhaben zu lassen. Gerade auch jetzt in der Krise sei es geboten, die besonders verletzbaren Menschen weltweit, die auf funktionierende Gesundheitssysteme angewiesen sind, nicht im Stich zu lassen, betont Bischof Wilmer: „Wir müssen alles unternehmen, was in unseren Kräften steht, um die Gesundheitssysteme der Länder des Globalen Südens vor dem Zusammenbruch zu bewahren und Menschenleben zu retten.“

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) wurde 1967 gegründet und versteht sich als Forum der katholischen Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Justitia et Pax ist deren gemeinsame Stimme in Gesellschaft und Politik und damit Akteurin des politischen Dialogs. Die Kommission erarbeitet kirchliche Beiträge zur Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik Deutschlands und entwickelt Konzepte für die internationale Arbeit der katholischen Kirche.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 30 243428-157
Telefax: +49 (30) 243428-288
e-mail: info@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer

Ansprechpartner:

Dr. des.
Bernd Hirschberger
bh@jupax.de